

Zeitschrift: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft

Band: 23 (1983)

Artikel: Etatismus und Antietatismus in der Linken

Autor: Tanner, Jakob

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-172340>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ETATISMUS UND ANTIETATISMUS IN DER LINKEN

von Jakob Tanner

Die traditionelle Linke weist auch in der Schweiz eine etatistische Orientierung auf, die sich um so mehr verfestigte, je weniger die Arbeiterbewegung noch eine kulturell eigenständige, auf die Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft hinarbeitende soziale Kraft war. Die ab den zwanziger Jahren entstehende Modernisierungsallianz zwischen Gewerkschaften, Unternehmern und dem immer häufiger von sozialistisch/sozialdemokratischen Parteien (mit)regierten Staat führte zur Herausbildung korporatistischer Strukturen und damit zur Institutionalisierung von Konfliktregelungsmustern und Kompromissfindungsverfahren. In der heutigen Krise des kapitalistischen Wirtschaftswachstums verengt sich nicht nur der Spielraum für die bisher praktizierte linke Politik. Der Staat sieht sich mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Mit den Zielsetzungen und Aktionsformen der neuen sozialen Bewegungen muss sich vor allem die zu stark auf den Staat fixierte Linke auseinandersetzen.

En Suisse, comme ailleurs, la gauche traditionnelle se réclame de l'étatisme. D'un étatisme qui s'est figé dans l'exacte mesure où se sont dispersées, dans le mouvement ouvrier, l'autonomie culturelle et la force sociale visant à modifier le système capitaliste. Entre les syndicats, le patronat et un Etat – (co)géré de plus en plus souvent par les partis socialistes/social-démocrates – s'était dessiné, dans le courant du modernisme des années vingt, un ensemble de structures corporatistes. S'ensuivit une institutionalisation des modèles de négociation et de recherche des compromis. Dans une économie capitaliste en pleine crise d'expansion, la marge de jeu s'est sensiblement rétrécie pour une politique de gauche traditionnelle. Mais ce n'est pas tout. L'Etat doit répondre à des revendications nouvelles. Et la première à se voir confrontée aux finalités et tactiques inattendues des récents mouvements sociaux, c'est bien la gauche traditionnelle dans la mesure où elle est restée fixée sur son idée de l'Etat.

I.

Was die „Linke“, deren Hang zum Etatismus in der historischen Retrospektive unverkennbar zutage tritt, morgen sein wird, hängt nicht zuletzt von der Kontinuität oder dem Wandel ihrer Einstellung gegenüber dem Staat ab. Die weitgehende Integration der traditionellen Linken¹ in den bürgerlichen Staat wurde mit dem Auftauchen der neuen Linken² im Gefolge der 68er Bewegung zu einem Gegenstand politischer Attacken und theoretischer Kontroversen. Heute ist diese Auseinandersetzung alles andere als beigelegt; sie hat jedoch im Verlaufe des letzten Jahrzehnts deutlich neue Akzente erhalten.

Der Ansicht, eine regierende oder an der Regierung beteiligte Linke könne sich heute, in einer Zeit steigender Unsicherheit und zunehmender Schwierigkeiten, keine Experimente gleichwelcher Art leisten und müsse die technisch-industrielle Zivilisation (und das heisst natürlich auch den Staat) gegen die neuen „Maschinenstürmer“ verteidigen, steht jene andere diametral gegenüber, die von einer grundsätzlichen Interessenkonvergenz zwischen Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen ausgeht und beide in einem jeder Staatsgläubigkeit abholden, emanzipatorischen Projekt verschmelzen möchte.

Tatsächlich hat die traditionelle Linke heute eine Option. Sie kann sich auch weiterhin auf das alte Ansinnen einer optimalen Rationalisierung kapitalistisch-industrieller Produktionsstrukturen vermittels selektiver Verstaatlichung und redistributiver Sozialreform beschränken, im „explosiven Entstehen demokratischer Ansprüche“³ eine latente Bedrohung dieser ihrer historischen Zielsetzung empfinden und das „Wilde“, „Irrationale“ und „Unberechenbare“, das in allen Industriegesellschaften heute facettenreich präsent ist, mit einer Mischung von Misstrauen und Verachtung abweisen. Sie kann sich aber auch darauf einlassen, was ihr dann umgehend von den mächtigen Promotoren des Wachstums- und Modernisierungskurses als Versuch unloyaler, nicht akzeptabler Druckausübung angekreidet oder aber als orientierungsloses Schlingern vorgehalten wird. Ein Sich-Festlegen in die eine oder andere Richtung (oder eine indifferente Haltung, die sich in eine bestimmte Richtung auswirkt!) vergrößert oder verringert nicht nur die Möglichkeiten einer prospektiven Zusammenarbeit zwischen den Parteien der traditionellen und der neuen Linken, sondern – und das ist von erheblicher Bedeutung – ent-

1 Als „traditionelle Linke“ bezeichne ich die aus der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts herstammenden sozialistisch/sozialdemokratischen und die mit der Spaltung zu Beginn der zwanziger Jahre entstehenden kommunistischen Parteien sowie die Gewerkschaften.

2 Aus der „neuen Linken“ gingen mehrere neue (Partei-)Organisationen hervor. Auch die traditionelle Linke wurde gestärkt durch den Eintritt von „68er(innen)“ in ihre Organisationen.

3 N. Poulantzas, Staatstheorie, Hamburg 1978, S. 225.

scheidet auch darüber, ob sich die Linke gegenüber den neuen, oft mit antietatistischen Aktionsformen operierenden sozialen Bewegungen vorsätzlich abschottet und isoliert oder ob eine sozialproduktive Verzahnung des strukturellen Klassenantagonismus und der neuen „horizontalen Disparitäten“ (K. Offe) zustande kommen kann.

II.

Die etatistische Schlagseite der traditionellen Linken ist, einem weitverbreiteten und hartnäckig sich haltenden Vorurteil zum Trotz, nicht auf eine Aversion gegenüber der „Privatwirtschaft“, auf eine genuine Freude am bürokratischen Umgang mit sozialen Problemen zurückzuführen. Die Ausrichtung auf den Staat stand vielmehr in einer engen Wechselwirkung mit dem Sich-Abfinden mit kapitalistischen Realitäten. Als mit dem Abklingen der heftigen Klassenkämpfe nach dem Ersten Weltkrieg und dem Einsetzen der Rationalisierungskonjunktur der zwanziger Jahre deutlich wurde, dass eine sozialistische Revolution in allzunaher Zukunft sich nicht ereignen werde und auch nicht herbeigeführt werden könne, erschien der Staat immer mehr als der einzige Garant für soziale Reformen und eine auf Verfestigung des Wirtschaftswachstums gerichteten Konjunkturpolitik. Dieser Vorgang hat auch sozialhistorische Wurzeln: Je mehr sich die in ein ganzes Gewebe von kollektiven Lebensäußerungen eingebettete Arbeiterbewegung auf ein paar mit staatlichen Politikformen verklammerte und in ein sozialpartnerschaftliches Bargaining eingebundene Organisationen zurückentwickelte, je mehr sie also von den modernen Tendenzen der Bürokratisierung und der Rationalisierung eingeholt wurde, desto mehr verfestigte sich auch der „etatistische Bias“ in ihrem handlungsleitenden Orientierungshorizont, desto mehr verschob sich der Fokus ihrer Bestrebungen auf den Staat.

Natürlich gab es auch schon im 19. Jahrhundert staatssozialistische Strömungen in den Reihen der Arbeiterbewegung, von der in dieser Zeit eigentlich nur im Plural geredet werden sollte. Die Schimäre der Einheit stammt aus späteren Zeiten. Eine bunte Vielzahl von Organisationen und Richtungen koexistierte nebeneinander; der im Jahre 1872 im Jura gegründeten „Antiautoritären Internationale“ z. B. können kaum etatistische Neigungen angedichtet werden; daneben gab es aber auch schon Strömungen, die den „Staatssozialismus der Sozialdemokratie“ hochleben liessen. Marx, der mit seinem einer nivellierenden Weltanschauung ausgesetzten Werk einen nachhaltigen Einfluss auf die grossen Arbeiterparteien des Kontinents ausübte, dachte und schrieb zeit seines Lebens in der Globalperspektive eines Absterbens des Staates; bei der eher randständigen Erwägung einer „Diktatur des Proletariats“ ging es um die Benennung jenes transitorischen Zustandes, in welchem die Voraussetzungen für die endgültige Zersetzung staatlich verfasster Herrschaftsverhältnisse zügig heranreifen sollten. Marx war also alles

andere als ein Staatssozialist, auch wenn er seit Lenins „Staat und Revolution“ zunehmend in den Rang eines Staatspropheten emporgehoben wurde.

Die Theoretiker der 1889 gegründeten II. Internationale, insbesondere deren deutsche Exponenten, gerieten immer mehr in den Bann der grossartigen Organisationsleistungen des Kapitals. Für sie war es eine ausgemachte Sache, dass die wirtschaftliche Konzentration, Zentralisation, Kartellierung, dass der „organisierte Kapitalismus“ (R. Hilferding) die im Industrialisierungsprozess begriffenen Länder in Richtung Sozialismus befördere. Die Vorstellung einer graduell-evolutionären Entwicklung im ökonomischen Bereich war verbunden mit der Erwartung einer revolutionären Zuspitzung auf dem politischen Sektor, in welcher das organisierte Proletariat die Staatsmacht ergreifen und mit der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die sozialistische Aera eröffnen würde. Dreh- und Angelpunkt all dieser Konzeptionen war die Annahme einer strukturellen und funktionalen Analogie zwischen Arbeiterbewegung, Staat und Ökonomie. Für R. Hilferding z. B. war die sozialistische Demokratie die politische Form des sozialen Aufstieges der Arbeiterbewegung, die durch den Aufbau komplex differenzierter Organisationsstrukturen von unten her Kontroll- und Entscheidungsmacht akkumulieren und schliesslich in die Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Politik hineinwachsen sollte, auch wenn im Bereich des die Eigentumsrechte garantierenden Staates Friktionen zu erwarten waren.⁴ Arbeiterparteien und Gewerkschaften traten damit als neue Protagonisten einer Rationalisierung aller Lebenszusammenhänge im Dienste der materiellen und sozialen Besserstellung der lohnabhängigen Massen auf und reihten sich in jenen gesellschaftsübergreifenden Prozess der Modernisierung und der Zivilisation ein, der z. B. in den Untersuchungen der beiden Soziologen Max Weber und Norbert Elias in seiner (Auto-)Dynamik und seinen Verlaufsformen dargestellt wurde.⁵

Vor allem während der „tayloristisch-fordistischen“ Konjunktur in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre schob sich ein auf diesem Modernisierungsszenario angesiedelter, neuer Pragmatismus innerhalb der Arbeiterbewegung zunehmend in den Vordergrund. Wenn die Revolution nicht mehr auf der politischen Tagesordnung stand, dann musste man zusehen, wie man in

4 Vgl. dazu die Aufsatzsammlung: Reformsozialismus und Sozialdemokratie, Hrsg. H. Heimann/Th. Meyer, Berlin/Bonn 1982.

5 N. Elias, Über den Prozess der Zivilisation, 2 Bd., Bern 1969; M. Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1951; drs., Wirtschaft und Gesellschaft, 1. Teil, Tübingen 1922; Interessant sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen von A. Gramsci, Selections from Prison Notebooks, ed. Q. Hoare/G. N. Smith, London 1971, S. 227–318; R. Bahro geht meines Erachtens richtig davon aus, dass auch die „nichtkapitalistische Industrialisierung“ in den Ländern des „realexistierenden Sozialismus“ im Kontext der abendländischen Moderne analysiert werden muss. Siehe: R. Bahro, Die Alternative, Köln–Frankfurt/M. 1977, S. 57 ff.

der Zwischenzeit auch ohne sie weiterkommen konnte. Der Begriff der „Produktivität“ wurde nun zum Kristallisierungskern gemeinsamer Interessenorientierungen zwischen den antagonistischen Klassen Kapital und Arbeit; Die Gewerkschaftsspitzen, welche gestärkt aus den Richtungskämpfen der beginnenden zwanziger Jahre hervorgingen, hatten inzwischen betriebswirtschaftliche (Konkurrenzfähigkeit) und makroökonomische (Reallohn/Arbeitsproduktivität, Massenkaufkraft) Kategorien adaptiert und sich auch gleich das diesen Begriffen zugrundeliegende, fortschrittsimprägnierte Bild einer harmonischen Volkswirtschaft angeeignet. Diese Entwicklung verlief in der Schweiz nahezu idealtypisch und ist 1927 durch eine stimmige Koinzidenz geprägt: Auf dem Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wurde nicht nur der „Klassenkampf-Paragraph“ aus den Statuten gestrichen, sondern auch eine Resolution zur Rationalisierungsfrage verabschiedet, die – Zitat aus dem Protokoll – „durch die Erkämpfung höherer Löhne verhindern (soll), dass der Erfolg der Rationalisierung einfach in den Taschen der Unternehmer oder Aktionäre verschwindet“. Diese Resolution ist nicht nur eine Reaktion auf die empirisch tatsächlich zu konstatierenden Bestrebungen einer Ökonomisierung des Fixkapitalbestandes. Vielmehr kommt hier, im Einklang mit der Statutenrevision, eine veränderte Perzeption sozialer Realitäten und wirtschaftlicher Prozesse zum Ausdruck. Im Gleichschritt mit der Idee eines über Verhandlungen und Verträge erzielten Interessenausgleiches zwischen Kapital und Arbeit, mit der Entstehung eines fundamentalen Zielkonsenses zwischen den in Formation begriffenen Sozialpartnern, modifizierte auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ihre früher (in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der II. Internationale) ablehnende Haltung zur Regierungsbeteiligung. 1929 wurde dem seit dem Ersten Weltkrieg bestehenden Anspruch auf eine Vertretung im Bundesrat erstmals mit einem personnel Vorschlag Nachachtung verschafft.

Andere sozialistische/sozialdemokratische Parteien waren dann allerdings erfolgreicher in ihren Bestrebungen, exekutive Positionen zu erkämpfen als die schweizerische, die diesen Durchbruch erst im Zweiten Weltkrieg schaffte. In der Zwischenkriegszeit gelang es Linksparteien in 10 industriell-kapitalistischen Ländern sich zur Regierungspartei aufzuschwingen oder sich im Rahmen einer Koalition an den Regierungsgeschäften zu beteiligen. Nach 1945 setzte sich dieser Prozess nach einer nochmaligen Verzögerung in den antikommunistisch/marxistisch/wirtschaftlich dominierten fünfziger Jahren verstärkt fort. Nur in den USA und in Kanada gab es, wenn wir uns auf die kapitalistischen Industrieländer beschränken, zu keinem Zeitpunkt eine sozialistisch/sozialdemokratische Partei, die stark genug gewesen wäre, den Aufstieg an die Regierung zu schaffen.⁶ Parallel zu diesem politischen Durch-

6 M. G. Schmidt, Wohlfahrtsstaatliche bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Frankfurt/M. 1982, S. 21–32; Sozialdemokratische Parteien in Europa, Hrsg. W. E. Paterson/K. Th. Schmitz, Bonn 1979.

bruch der alten Arbeiterparteien und ihrer Integration in den Staat verfestigten sich auch jene institutionalisierten Problemlösungs-, Konfliktregelungs- und Kompromissfindungsverfahren, deren Rückgrat der „historische Dreiecks kompromiss“⁷ zwischen Staat, Unternehmern und Gewerkschaften ist und der inzwischen unter dem Stichwort „liberaler Korporatismus“ thematisiert wird.⁸

III.

Mit der Programmrevisionswelle, welche sozialistisch/sozialdemokratische Parteien Ende der fünfziger Jahre erfasste, wurde der Abschied von der Revolution auch ideell nachvollzogen.⁹ Zwar war die essentielle Vision einer Gesellschaft, in der die „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ abgeschafft und mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht wäre, nach wie vor in den Programmen enthalten. Aber die Frage, wie gross der Spielraum für eine soziale Politik in einer nach wie vor auf kapitalistischen Eigentumsverhältnissen und Machtstrukturen beruhenden Gesellschaft überhaupt sei, wurde zunehmend überspielt.

Das marxistische Erklärungsmodell einer in ihrer Grunddynamik vom Prozess der Kapitalverwertung und -akkumulation gesteuerten gesellschaftlichen Entwicklung scheint mir trotz aller „Durchstaatlichungstendenzen“, trotz der wachsenden „Politisierung der Ökonomie“ keineswegs obsolet geworden zu sein, auch wenn andererseits die schlichte Basis-Überbau-Metapher, auf die man in marxistischen Traditionenbeständen immer wieder stösst, weniger denn je Geltung beanspruchen kann. Die soziale Realität industrialisierter Gesellschaften ist heute durch eine ubiquitäre Präsenz staatlicher Dauerinterventionen und deren Sekundäreffekte charakterisiert. Insbesondere ging die von Marx so bezeichnete „materielle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital“ mit einer steigenden Einbeziehung der Arbeitskräfte-Reproduktion in den Bereich politischer Gewährleistung einher, ein Vorgang, der als Entwicklung hin zum modernen „Interventions- und Wohlfahrtsstaat“ bekannt geworden ist.¹⁰ Dieser sich immer mehr allokativen-, redistributions- und stabilitätspolitischen Zielsetzungen widmende Staat ist aber nach wie vor von Finanzquellen abhängig, die ihn an die Entwicklung der privaten Wertschöp-

7 Ch. Buci-Glucksmann/G. Therborn, *Der sozialdemokratische Staat*, Hamburg 1982.

8 Trends toward Corporatist Intermediation, Ed. P. C. Schmitter/G. Lehmbruch, Beverly Hills/London 1979.

9 Sozialdemokratische Parteien, a. a. O., Vorwort S. 1–12.

10 J. Hirsch, *Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals*, Frankfurt/M. 1974; K. Offe, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt/M. 1975; M. Aglietta, *Régulation et crises: L'éxérience des Etats-Unis*, Paris 1976; Ch. Buci-Glucksmann/G. Therborn, op. cit.

fung zurückbinden.¹¹ Verschuldung und Geldschöpfung räumen allerdings den politischen Entscheidungsträgern eine relative Autonomie gegenüber dem privatwirtschaftlichen Akkumulationsprozess ein, die für eine antizyklische Konjunkturpolitik ausgenutzt werden kann.

Während der langen Wachstumsphase nach dem Zweiten Weltkrieg konnten alle Regierungen mit steigenden (regulären) Steuereinnahmen rechnen. Die „Wachstumsdividende“ allein reichte jedoch nicht aus, um die wachstumsbedingte Ausweitung des staatlichen Aufgabenfeldes finanzieren zu können. Die Staatsquote ist in allen Ländern gestiegen, in der Schweiz von einem im internationalen Vergleich niedrigen Niveau mit unterdurchschnittlichen Zuwachsralten.¹² Die Möglichkeit, über einen steigenden Anteil des volkswirtschaftlichen Ressourcenpotentials nach nicht privatwirtschaftlichen Kriterien verfügen zu können, war eine Conditio sine qua non des „Umverteilungssozialismus“ und der keynesianisch inspirierten Konjunkturpolitik, die nun zum Credo der sozialistisch/sozialdemokratischen Regierungsparteien gehörten. Zu einem Gutteil zeugte das tagespolitische Handeln dieser Links- oder Mehrparteienregierungen bloss von Einsicht in die Notwendigkeiten einer Wachstumsgesellschaft. Die These, dass „die beschleunigte Entwicklung des privaten Sektors (...) der eigentliche Verursacher der überproportional zunehmenden Staatsaufgaben (ist), deren Kosten zu drei Vierteln nicht als wohlfahrtserhöhend, sondern als reine Voraussetzungs- und Folgekosten der Industrialisierung und Urbanisierung anzusehen sind“,¹³ ist empirisch gut abgestützt. Sie erklärt, wieso die Staatsquote in allen kapitalistisch industrialisierten Ländern unbesehen vom Programm der jeweiligen Regierung, während der langen wirtschaftlichen Prosperitätsphase laufend zunahm.

Doch dieses generelle, die gemeinsamen Charakteristika heraushebende Bild ist ergänzungsbedürftig. Die Auffassung, es sei angesichts der soziostruktturellen Sachzwänge à la longue belanglos gewesen, wer an der Regierung gewesen sei, lässt sich damit keineswegs belegen. Die von M. G. Schmidt in einer Studie über „Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen“ als typisches Interaktionsmuster zwischen Ökonomie und politischem System identifizierte „partielle, selektive Politisierung des Kapitalismus“¹⁴ lässt Varianten und Akzentsetzungen zu, die nicht herabgespielt werden dürfen. Verglichen mit bürgerlich dominierten Regierungen haben Linksregierungen insgesamt deutlich mehr Ressourcen für den sozialen Ausgleich verwendet durch den Einbau von Elementen eines

11 R. Goldscheid/J. Schumpeter, *Die Finanzkrise des Steuerstaates*, Hrsg. R. Hickel, Frankfurt 1976; J. O'Connor, *Die Finanzkrise des Staates*, Frankfurt/M. 1974.

12 B. S. Frey, Wie gross ist der öffentliche Sektor? in: *NZZ* 31. Jan./1. Feb. 1981 (Nr. 25).

13 A. Steiger, *Sozialprodukt oder Wohlfahrt*, Diessenhofen 1979, S. 384.

14 M. G. Schmidt, a. a. O., S. 217; vgl. auch: M. G. Schmidt, *CDU und SPD an der Regierung*, Frankfurt 1980.

„Verteilungssozialismus“ in die staatliche Aufgabenpalette (div. Sozialleistungen), aber auch in das fiskalische Abschöpfungssystem (Steuerfreibeträge/Progression). Jene Staaten, die über die reaktive Abdeckung der im Gefolge des sozialen Strukturwandels entstandenen Lebensrisiken hinaus zusätzlich „aktive“ wohlfahrtsstaatliche Politikprogramme (v. a. im Bereich der Arbeitsmarktpolitik) entwickelt haben (Luxemburg, Schweden, Norwegen und Österreich) können auf eine längere Phase mit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung zurückblicken.¹⁵

Dieselben Regierungen hatten auch eine relativ glückliche Hand im Umgang mit dem „magischen Fünfeck“ (Wachstum/Vollbeschäftigung/Preisstabilität/Zahlungsbilanzausgleich/Verteilungsgerechtigkeit).¹⁶

Die Korrelation zwischen sozialdemokratischer Dominanz im politischen System und einem hohen Steuerungsniveau in der Volkswirtschaft ist evident. Doch ist es gerade hier problematisch, mit einem monokausalen Erklärungsansatz operieren zu wollen. M. G. Schmidt fasst seine diesbezüglichen Ergebnisse so zusammen: „Empirisch zeigt sich, dass der Grad der erfolgreichen politischen Steuerung der Ökonomie der Tendenz nach umso höher ist, je stärker der Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital in korporatistischen Arrangements organisiert ist und je weniger die Gewerkschaften die Waffe des Streiks einsetzen; je reicher die nationalen Ökonomien sind (...); je stärker das ‚linke Milieu‘ im Vergleich zum ‚bürgerlichen Milieu‘ ist; und je mehr die politische Zusammensetzung der Regierungen nach links tendiert“.¹⁷ Ausserparlamentarische und nicht im direkten Kontrollfeld der Exekutive sich befindliche Kräftekonstellationen und Organisationsstrukturen sind damit von entscheidender Bedeutung für den relativen stabilitätspolitischen Erfolgskurs sozialdemokratischer Regierungen.

Diese Unterschiede zwischen bürgerlichen und sozialistisch/sozialdemokratischen Regierungen fielen in den Nachkriegsgesellschaften ins Gewicht. Diese Gesellschaften entwickelten sich trotz allem Fortschrittsbewusstsein mit dem Blick im Rückspiegel. Die kollektive Erinnerung an die materiellen Entbehrungen und die soziale Not der Krisen- und Kriegszeit gab eine düstere Folie ab, vor welcher der gelungene Durchbruch ins Konsumzeitalter in verheissungsvollem Glanz erstrahlte. Wenn wir den elementaren Stolz auf das „eigene“ Auto, die Waschmaschine, den Kühlschrank und den Fernseher, wie er in der Nachkriegszeit noch möglich war, in Rechnung stellen, können wir vielleicht sagen, dass die „Ökonomie der Wünsche“ und die Entfaltung industrieller Produktivkräfte noch selten eine derart innige Verbindung eingegangen sind. Und der Leitsatz „Wirtschaft gut, alles gut“, der auf solchem Hintergrund von erschlagender Plausibilität war, hat auch der pragmatisch-reformistisch-etatistischen Orientierung der traditionellen Linken einen überzeugenden Anstrich gegeben.

15 M. G. Schmidt, Wohlfahrtsstaatliche Politik. S. 219.

16 M. G. Schmidt, a. a. O., S. 170 ff., S. 217.

17 M. G. Schmidt, a. a. O., S. 217/19.

IV.

Inzwischen hat sich das Szenario verändert. Die Wachstumsgesellschaften, die den strukturellen Klassenantagonismus durch eine mehr als zwei Jahrzehnte anhaltende Flucht nach vorne einzubauen oder zumindest zu überspielen versuchten, sind in einem krisenhaften Umbruchprozess begriffen. Der auf ökonomische Expansion und dynamischen Wandel angelegte, von einer wechselseitig eng verschränkten Durchkapitalisierung und Durchstaatlichung der ganzen Gesellschaft begleitete Funktionsmodus industriell-kapitalistischer Länder unterhöhlte nach und nach seine eigenen Bestandesvoraussetzungen. Nun, nachdem das Wachstum als konsensstiftender Zentralwert und als Fixpunkt der Interessenkoordination ausfällt, nachdem die Modernisierungsallianz der letzten fünfzig und der liberale Korporatismus der letzten dreissig Jahre nicht mehr friktionslos spielt, spürt die an der Durchsetzung und Ausgestaltung des keynesianischen Wohlfahrtsstaates massgeblich beteiligte traditionelle Linke die Grenzen und die Problematik ihrer etatistischen Orientierung wiederum deutlicher.

Das Wirtschaftswachstum ist mit der heutigen konfliktträchtigen Krisenlage doppelt verknüpft:

1. Folgeprobleme des Wirtschaftswachstums: Im Verlaufe der sechziger Jahre traten die unvermeidlichen, durch die Profitmaximierungsstrategien in Umfang und Ausprägung jedoch wesentlich beeinflussten sozialen und ökologischen Kosten des Industrialismus ins öffentliche Bewusstsein. Das Schlagwort von der „Lebensqualität“ machte die Runde. Die „Naturfreundeorganisationen“, welche als Überreste der alten, breitgefächerten Arbeiterkultur- und -sportbewegung im Windschatten des neuen, konsumorientierten Freizeitstils mehr schlecht als recht überlebt hatten, wiesen zwar schon früh auf die der Natur abträglichen Auswirkungen kapitalistisch entfesselter Produktivkräfte hin. Ihre Kritik entbehrt jedoch einer politischen Dimension und bei der nun einsetzenden breiten Thematisierung von Umwelt und neuer sozialer Frage sollten sie keine grosse Rolle mehr spielen. Die ausserinstitutionelle Aktivierung breiterer Bevölkerungsschichten lief vorerst einmal an der traditionellen Linken vorbei, aber auch an der „neuen Linken“, deren (Partei-)organisationen sich in ihren Anfängen noch kaum mit diesen Fragen befassten.
2. Die Krise des Wachstumsprozesses: Seit der – in der Schweiz von den statistischen Indikatoren her im internationalen Vergleich harten, von den sozialen Folgen her gedämpften – Wirtschaftskrise 1974/75 ist der kapitalistische Wachstumsprozess krisenhaften Rückschlägen und Störungen unterworfen und in einer weltweiten Umstrukturierung begriffen, deren Tragweite noch nicht abzuschätzen ist. Die neue strukturelle Massenarbeitslosigkeit, ein Innovations- und Diffusionsschub im Bereich der Mikroelektronik, der rasante Umbruch von Qualifikationsanforderungen, die mit

steigender Arbeitsintensität einherlaufende organisatorische Straffung von Unternehmen, die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung, die Verschärfung des Konkurrenzkampfes um Absatzmärkte und Rohstoffe: das sind die wichtigsten Stichworte zu dieser Krise.

Für sozialistische/sozialdemokratische Parteien, die seit längerem die Regierung stellen oder an Regierungskoalitionen beteiligt sind, verengt sich der Spielraum für eine sozial inspirierte, auf mehr materielle Gleichheit und soziale Chancengleichheit gerichtete Reformpolitik. Hauptproblem ist die vom französischen Staatspräsidenten F. Mitterand unlängst als „Höllemaschine“ apostrophierte Finanzkrise des Steuerstaates, die sich mit dem Sich-Öffnen einer strukturellen Schere zwischen Einnahmen- und Ausgabenentwicklung in den meisten Ländern seit Ende der sechziger Jahre abzeichnete. Linke Regierungen versuchten zwar anfänglich mit dem Rückgriff auf Argumente von Keynes die bürgerliche Verschuldungsphobie zu entdramatisieren und die steigende Staatsschuld als das im Vergleich mit einschneidenden Kürzungen im sozialen Netz und mit Arbeitslosigkeit kleinere Übel darzustellen, sahen sich dann aber doch gezwungen, eigene Austerity-Programme durchzusetzen.¹⁸ Sozialdemokratische/sozialistische Regierungsparteien bekunden heute allgemein Mühe, wenn es darum geht, der in ihren Erwartungen enttäuschten Wählerschaft zu zeigen, wieso der Gang der Ereignisse die eigenen guten Absichten konterkariert. In einzelnen Fällen hat diese Entwicklung schon mit Wahlniederlagen geendet.

In Schweden, wo die sozialdemokratische Partei nach 6 Jahren Unterbruch 1982 wieder an die Regierung zurückkehrte, zeigte sich allerdings deutlich, dass das soziale Kräfteverhältnis ausserhalb des institutionellen Gefüges für die gesellschaftliche Entwicklung und den staatlichen Kurs wichtiger war als die Kräftekonstellation im Parlament und das Programm der Regierungspartei.¹⁹ Dieser Befund stützt die These, dass eine Linksregierung gute Aussichten hätte, sich dem wirtschaftlich-finanziellen Krisendruck bis zu einem gewissen Grade zu entziehen, wenn sie genügend Basisaktivitäten und damit Unterstützung „von aussen“ zu mobilisieren vermöchte. In Portugal nach 1975 zeigte es sich aber auch, dass eine hyperaktive, jedoch diskontinuierliche Basisbewegung ins Leere laufen kann, wenn ihre Erfolge – vor allem die Expropriation des grossen Landbesitzes und der Aufbau genossenschaftlicher Produktions- und Wohnformen – nicht umgehend von einer linken Regierung politisch konsolidiert und institutionell-juristisch abgesichert werden.

18 M. G. Schmidt, a. a. O., S. 40 ff. hat festgestellt, dass die Unterschiede zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen abnehmen, wenn sich die Krise der Wirtschaft und der Staatsfinanzen verschärft.

19 G. Therborn et al., „Sweden Before and After Social Democracy: A First Overview“ *Acta Sociologica XXI*, 1978, Supplement „The Nordic Welfare States“, S. 37–58; Ch. Buci-Glucksman/G. Therborn, a. a. O., S. 151–247.

Sozialistische/Sozialdemokratische Parteien, welche in den letzten Jahren mit ihren Krisenbekämpfungs-, Arbeitsbeschaffungs-, Sozial-, Abrüstungs- und Verwaltungsreformprogrammen neu (wie in Griechenland, Frankreich und Spanien) oder wieder (wie in Schweden) an die Regierung kamen, haben jedoch in keinem Falle versucht, den Wahlkampf mit einer Strategie sozialer Aktivierung zu kombinieren und auf dieser Grundlage die Erringung der politischen Macht als Ausgangspunkt zu einer sozialistischen Transformation der Gesellschaft mit einschneidenden Demokratisierungs- und Dezentralisierungsmassnahmen in der Eigentums- und Produktionspolitik zu konzipieren. Sie haben im Gegenteil enorme Zurückhaltung geübt, die Investoren belastigt und einen „geordneten“ Machtantritt glaubhaft in Aussicht gestellt. So hatten sie denn auch die Hypotheken der Vergangenheit und die Probleme der Krise zu „übernehmen“, ein Vorgang, der die Hypothese von den krisenbedingten Angleichungsprozessen zwischen unterschiedlichsten Parteien (was ihre Regierungspolitik anbelangt) stützt. Die Übereinstimmung war aber dennoch nicht vollständig. Es gelang den Linksregierungen ansatzweise, Reformen im Bereich der Sozial- und der Betriebspolitik sowie im Verwaltungsapparat zu realisieren, die auf mehr soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Mitbestimmung und politische Partizipation abzielen. In Griechenland und Spanien sind diese Erfolge jedoch auch den aus der Diktaturzeit herstammenden politischen Blockierungen zuzuschreiben, die zu einem Reformstau geführt haben.

V.

In der Schweiz ergeben sich für eine mit der traditionellen statistischen Orientierung ausgerüstete linke Regierungspartei ähnliche Probleme. Mit der 1947 (Wirtschaftsartikel) vorgenommenen Konstitutionalisierung der legislatorischen Entscheidungsanteile der organisierten Interessen hat sich der Schwerpunkt des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses definitiv auf das vorparlamentarische Verfahren verlagert und damit den grossen Wirtschaftsverbänden neben Expertenkommissionen und der Administration eine starke Stellung eingeräumt.²⁰ Es verselbständigte sich ein hintergründig operierendes, korporatistisch verfasstes, auf den politischen Leistungsoutput spezialisiertes Entscheidungssystem. Dem Parlament, dem Wahlsystem und der immer mehr politfolkloristisch degenerierten Wahlkampf-Öffentlichkeit oblagen zunehmend nur noch die Funktionen der

20 L. Neidhart, Plebisit und pluralitäre Demokratie, Bern 1970.

Integration und der Legitimation. Heute zeichnen sich zunehmende Probleme auf der Legitimations- und auf der Entscheidungsebene des politischen Systems ab.²¹

Die Reputation von Parteien und Parlament hat weiterhin gelitten. Die im säkularen Trend stetig abnehmende Wahl- und (etwas weniger eindeutig) Stimmbeteiligung drückt – auch wenn hier die Diagnosen nicht einheitlich ausfallen – mehrheitlich Staatsverdrossenheit, Einsicht in eigene Machtlosigkeit, Verweigerungshaltung, Resignation, dann aber auch schlichtes Desinteresse mit einem Einschlag in zufriedene Saturiertheit bei einigen Bevölkerungsgruppen aus. Auf die steigende soziale und politische Aktivierung an der Basis reagierte das politische System nicht mit innovativ-partizipatorischen Auffangstrategien, sondern mit Verhärtung, Abschottung und Repression.²² Daran hat die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung, die sich seit 1959 im Rahmen der sogenannten „Zauberformel“ hält, nichts geändert. Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder befinden sich momentan in Departementen, die für den Entscheidungsprozess in gesellschaftlich/wirtschaftlich vitalen Bereichen, zweitrangig (Aussenministerium; das Entscheidungszentrum liegt, was die für die internationale Konkurrenzposition der Schweiz belangvollen Weichenstellungen angeht, anderswo!) oder die mit unattraktiven Aufgabenstellungen überfrachtet sind (Finanzdepartement: Bundesrat Willy Ritschard ist mit seiner integeren Sorge um die Eindämmung der „Schuldenwirtschaft“ eine willkommene Galionsfigur für rechtslastige Kompromisse!). Eine Rochade innerhalb des kollegialen Gremiums würde die Sache für die SPS allerdings nicht viel besser machen. In jenen Bereichen, in denen nicht wie bei den Staatsfinanzen ein akuter Zugzwang herrscht, der endloses Zuwarten verunmöglicht, wurden und werden Reformprojekte und Gesetzesrevisionen im Verlaufe des endlos langen Hin- und Herschiebens zwischen Administration, Regierung, den beiden Kammern und den am Vernehmlassungsverfahren beteiligten Instanzen immer substanzloser (Raumplanungs- und Umweltschutzgesetz, 2. Säule, Konjunkturartikel sind Beispiele). In einem engen Zusammenhang mit dieser zunehmenden Unfähigkeit, noch von der Mitte her aufgebaute, breitabgestützte, innovatorische Reformkomplexe zustandezubringen steht die langwierige Entstehungsgeschichte und das unsichere Schicksal der Gesamtkonzeptionen (vor allem in den Bereichen Verkehr und Energie). Ein unverminderter Leistungsoutput des politischen Systems scheint nur noch dort gewährleistet zu sein, wo er nicht dem Modus operandi der verhandlungsdemokratischen Konkordanz unterworfen ist

21 H. U. Jost, „Politisches System und Wahlsystem der Schweiz unter dem Aspekt von Integration und Legitimation“, Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, Bern 1976, S. 203–219; H. P. Kriesi, Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik, Frankfurt/M. 1980.

22 Politische Aktivierung in der Schweiz 1945–1978, Hrsg. H. P. Kriesi u. a., Diessenhofen 1981.

(Geld- und Währungspolitik; Militärpolitik). Hier setzen mächtige, hochverfilzte Interessengruppen unverhohlen ihre nicht (mehr) kompromissfähigen Bestrebungen durch und unterlaufen damit noch mehr als früher die seit je schwache Stellung der Linken im Entscheidungsprozess. Die von der SPS lancierte Initiative für ein Rüstungsreferendum zielt denn auch auf den Einbezug der Rüstungskredite in das (Referendums-)Kalkül der Verhandlungsdemokratie ab; die Bankeninitiative der SPS will demgegenüber u. a. Bestimmungen in der Verfassung verankern, welche die Abwicklung dubioser Geschäfte über den schweizerischen Finanzplatz und die Anlage von Fluchtgeldern auf schweizerischen Konten zumindest erschweren sollen.

VI.

Die traditionelle Linke hat sich während der letzten Jahrzehnte auf ihren keynesianisch-sozialreformerisch-etatistischen Kompass verlassen. Gemessen an ihren eigenen Massstäben ist sie, wie ein Blick auf die politische Landkarte zeigt, damit nicht schlecht gefahren. Jetzt ist sie, mit dem Auftauchen des schon sprichwörtlich gewordenen Packeses, am Nordpol angelangt und die Orientierungsnadel beginnt zu kreisen.

Im Moment, in welchem der linke Etatismus seine historische Schubkraft eingebüßt hat, lässt sich ein weitverbreitetes Unbehagen gegenüber dem Staat konstatieren, dessen Oberflächenbeschaffenheit keineswegs einheitlich ist, in dessen Tiefenstrukturen sich zwei in kultureller, ideeller und sozialer Hinsicht kaum je kompatible Grundorientierungen auseinanderhalten lassen.²³ Die beiden Kampfrufe „Mehr Freiheit – weniger Staat“ und „Macht aus dem Staat Gurkensalat“ beziehen sich auf diese beiden Antietatismen, bei denen alle Anzeichen einer politischen Verträglichkeit fehlen. Sie beruhen auf je verschiedenen Wahrnehmungsweisen und Interpretationsmustern der sozialen Realität und der heutigen gesellschaftlichen Umbruchssituation und unterscheiden sich auch hinsichtlich Forderungsprofil, Interessenbindungen, Realisierungsstrategien und Durchsetzungschancen.

– „Mehr Freiheit – weniger Staat“: Diesem in der Schweiz vom Freisinn propagierten und getragenen Antietatismus geht es darum, den „überforderten Wohlfahrtsstaat“ zu entlasten.²⁴ Die Diagnose ist simpel: der „sozialverwaltete Bürger“ entfaltet eine zügellose Begehrlichkeit und die daraus resul-

23 Eine solche Unterscheidung macht auch: J. Strasser, *Grenzen des Sozialstaates?* Köln–Frankfurt/M. 1979.

24 C. Offe, „Unregierbarkeit“. Zur Renaissance konservativer Krisentheorien in: Stichworte zur geistigen Situation der Zeit. Hrsg. J. Habermas, Bd. I: Nation und Republik, Frankfurt/M. 1979, S. 294–318; U. K. Preuss, „Die Aufrüstung der Normalität“, Kursbuch 56, Berlin 1979.

tierende Anspruchslawine bedroht die Regierbarkeit des Staates, die Privatinitiative in der Wirtschaft und die Eigenverantwortung in der Gesellschaft. Drei Strategien der Anspruchsreduktion stehen aus dieser Sicht zur Verfügung:

1. sollen vermittels Privatisierung und Sparprogrammen alle über die vermuteten „Grenzen des Sozialstaates“ hinausgehenden Ansprüche auf die Wirtschaft umgelenkt, d. h. über monetäre Tauschbeziehungen eingelöst werden. Die so ermöglichten Steuersenkungen sollen dann auch der Privatinitiative neuen Auftrieb geben.
2. sollen im vorpolitischen Raum, in den lebensweltlich-alltäglichen Strukturen verankerte, die Selbstbescheidung des Individuums fördernde Disziplinierungsmechanismen reaktiviert werden um so das Entstehen weiterer Ansprüche gegenüber dem (Sozial-)Staat schon im Keim zu unterbinden.
3. soll durch institutionelle Vorkehrungen, durch den Einbau von selektierenden Filtern und Barrieren (u. a. Abbau der Volksrechte) das Abwehrdispositiv gegen die übrigbleibenden Ansprüche verstärkt werden.

Der Vorschlag, das traditionelle Links-rechts-Schema durch eine Skala „Mehr-oder-weniger-Staat“ zu ersetzen ergibt sich schlüssig aus dieser Denkhaltung. Die Schicksalsfragen der Menschheit oder zumindest die der entwickelten kapitalistischen Länder werden in einem Kontinuum angesiedelt, dem die Dichotomie „Diktatur/Bürokratie/Planung“ versus „Demokratie/Freiheit/Markt“ zugrundeliegt. Rüstungsaufwendungen und Ausgaben für „innere Sicherheit“ rangieren ganz oben in der Prioritätenhierarchie staatlicher Aufgaben, weil ihnen die Rolle zukommt, die von bürokratischen Fesseln befreiten, mit quasi schrankenloser Problemlösungskapazität ausgestatteten marktwirtschaftlichen Systeme gegen äussere und innere Feinde zu schützen. In der monetaristischen Variante fordert dieser Antietatismus den Verzicht auf konjunkturpolitische Massnahmen und die Verstetigung des Geldmengenwachstums; bei der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik (supply siders) hat der Staat allerdings durch gezielte Eingriffe (Kostensenkung, Gratisvorleistungen, Inputgewährleistung) die Marktdynamik zu stützen.

– „Macht aus dem Staat Gurkensalat“: Es handelt sich bei den Gruppen (von Jugendlichen vorzugsweise), die diesen Spruch lanciert haben, um die schroffe Spitze eines insgesamt amorphen Eisberges. Die antietatistische Grundorientierung, die hier manifest wird, ist Ausdruck eines weit verbreiteten, latenten „Unbehagens in der Kultur“, einer Kultur, welche im Zeichen bürokratischer Zentralisation, unüberschaubarer Grossorganisation, hypertropher Systeme und technokratischer Sachzwänge steht. Sie entspringt einer Ablehnungshaltung, welche die in Wirtschaft und Staat vorherrschenden Trends gleichermassen trifft. Der Überdruss an wirtschaftlichen und politischen Zuständen geht oft fliessend in eine virulente Neigung zum Widerstand

über; in jenen Fällen, in denen diese in Aktionen umschlägt, kommt es in der Regel zur offenen Konfrontation mit dem Staat und seiner ultima ratio, der Gewalt. Die virtuell antitechnokratische Grundstimmung erfährt damit eine antietatistische Zuspitzung. Der Staat wird als „Überwachungsstaat“ zur Hauptzielscheibe der Kritik. Der Widerstand gegen die noch von der sozial-liberalen Koalition ausgearbeitete Volkszählung in der BRD wirft ein bezeichnendes Licht auf diesen Sachverhalt. Doch dieser Antietatismus impliziert kein Veto für eine immer mehr auf „harte“ Durchbrecherstrategien getrimmte Wirtschaft, wie sie gerade den Protagonisten der „Weniger Staat – Ideologie“ vorschwebt. Wirtschaft und Staat werden in der antitechnokratischen Perspektive vielmehr in ihrer engen wechselseitigen Verschränkung begriffen und als bedrohlicher „administrativ-monetärer Komplex“ (J. Habermas) ²⁵ abgewiesen.

VII.

Die Linke wird nicht nur durch die desillusionierenden Erfahrungen, die sie unter den Bedingungen einer krisenhaften gesellschaftlichen Umbruchssituation notwendig macht, gezwungen, ihren bisherigen Etatismus zu überdenken. Der antitechnokratische Impuls, der die neuen sozialen Bewegungen vorwärtstreibt, hat sich längst eines grossen Teils ihrer eigenen Basis bemächtigt. Gerade innerhalb der sozialdemokratischen Parteien ist eine Polarisierung zwischen den ins Räderwerk der „grossen“ Politik eingebundenen oder auf Teilhabe daran aspirierenden Spitzengremien und grösseren Teilen der Basisaktivist(inn)en zu erkennen. Es ist klar, dass eine Partei, die sich auf den Zustand einer permanenten Zerreissprobe hinbewegte, ihre politische Handlungsfähigkeit einbüßen würde. Der Etatismus ist deshalb für die Linke nicht nur eine Frage von erfolgreichen oder falschen Realisierungsstrategien. Er ist vielmehr auch zu einer Überlebensfrage geworden.

Die Konsequenzen, die aus der neuen Situation hinsichtlich des Verhältnisses zum Staat zu ziehen sind, hängen wesentlich davon ab, wie das, was heute vor sich geht, perzipiert und interpretiert wird. Wären es nur die nicht-intendierten Nebenfolgen des ökonomischen Wachstumsprozesses und eine Orientierungskrise infolge „änderungstempobedingten Vertrautheitsschwundes“ ²⁶, mit denen wir uns heute auseinanderzusetzen hätten, dann stellte sich für die Linke kein eigentliches Etatismus-Problem. Es wäre dann ihre Aufgabe, unter Wahrung jener Ziel- und Zwecksetzungen, welche den bisheri-

25 Im folgenden wird Bezug genommen auf J. Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bd., Frankfurt/M. 1981.

26 H. Lübbe, Orientierungskrise. Ein Aspekt sozialen Wandels, in: Wirtschaftliches Wachstum als gesellschaftliches Problem, K. v. Beyme u. a., Königstein/Ts. 1978, S. 93.

gen globalen Kurs bestimmten, durchzuhalten. Es ginge dann darum, mittels einer zeitgeistresistenten Krisenüberbrückungsstrategie die ökonomischen und sozialen Schäden der Wirtschaftskrise und des bürgerlichen Antietatismus zu minimieren. In Zusammenarbeit mit allen prospektiven Kräften wären Umweltschutzprogramme zu realisieren, welche die umweltbeeinträchtigenden Fortschrittsnebenfolgen in Grenzen halten könnten. Social-Engineering-Techniken könnten längerfristig neuen Verfahren der Abstimmung individueller Präferenzen auf die Sachzwänge des Fortschritts und damit einem eigentlichen Konsens-Management zum Durchbruch verhelfen. Ein neues Wachstum würde dann auch wieder materielle Konzessionsspielräume öffnen, in welchen die „verteilungssozialistische“, wohlfahrtsstaatliche Politik erneut zum Zuge kommen könnte.

Dies ist eine in der traditionellen Linken ziemlich verbreitete Sicht. Doch es gibt auch eine andere, die davon ausgeht, dass wir heute nicht bloss in einer „Modernisierungskrise“ stecken und damit vor allem „Steuerungsprobleme“ zu lösen haben. Unterstellt wird hier vielmehr eine Krise der Modernität selbst. Die zentralen Vorgänge können dann nicht mehr begriffen werden auf dem Hintergrund eines konjunkturellen Szenarios, in welchem wachstumsbedingte, durch eine kumulative soziale Dynamik verschärfte Krisenlagen immer wieder durch soziokulturelle Restabilisierungsprozesse und daraus resultierende ökonomische Prosperität abgelöst werden²⁷. In den jetzigen gesellschaftlichen Bruchstellen, im Auseinanderdriften grundlegender Wertorientierungen in der Gesellschaft, aber auch in einzelnen Individuen selbst, werden Symptome einer epochalen Umbruchssituation erkannt, die das bisherige Selbstverständnis der wissenschaftlich-technisch-industriellen-abendländischen Zivilisation herausfordern.²⁸

Es gibt in der Bekämpfung des auf einseitige Stärkung der Wirtschaftsmacht abzielenden Antietatismus einen gemeinsamen Nenner innerhalb der traditionellen und der neuen Linken; die etatistische Orientierung hat hier jedoch einen defensiven Charakter. B. Kappeler, SGB-Sekretär, schloss einen 1980 gehaltenen Vortrag über die gesellschaftspolitischen Grenzen der Privatisierung mit folgender Sentenz, welche die programmatiche Substanz dieses gemeinsamen Nenners enthält: „Und es sei offen gesagt: es gibt andere als nur Kostengesichtspunkte. Es gibt die Freiheit der Schwächeren, nicht nur die der wirtschaftlich Starken, es gibt das Gleichheitspostulat, es gibt die

27 Hj. Siegenthaler, Die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion in historischer Perspektive, in: Schweizerische Stabilisierungs- und Finanzpolitik, S. Börner u. a., Diessenhofen 1978, S. 77 ff.

28 Dieser Ansicht waren auch die konservativen Modernisierungskritiker der Vergangenheit, worauf die konjunkturell argumentierenden Historiker gerne hinweisen, wenn von einer „Epochenschwelle“ die Rede ist.

Brüderlichkeit. Der Staat löst diese Werte zwar nicht optimal ein, der Markt aber schon gar nicht.”²⁹

Entscheidend scheint mir allerdings, dass der unter der Flagge „Mehr Freiheit – weniger Staat“ segelnde bürgerliche Antietatismus von der Linken nicht zu einem Popanz emporstilisiert wird, in dessen Widerschein dann der eigene Etatismus wiederum an Überzeugungskraft gewinne. Wenn die Linke sich heute darauf beschränkt, ihre Orientierungsschwierigkeiten durch die Fixierung auf ein gemeinsames Feindbild überwinden zu wollen, bewegt sie sich auf einer höchst abschüssigen Bahn. Ich möchte die These wagen, dass jene Linksorganisationen, die sich heute noch als originäre Staatsparteien verstehen, auf dem geraden Weg in eine historische Sackgasse sind. Sie könnten zwar noch Wahlen gewinnen (und sie auch wieder verlieren), sie wären jedoch vollends im Gravitationsfeld von alternativlosen Sachzwängen gefangen. Ausserdem treten die Konturen jener Tendenzen, die auf einen „autoritären Etatismus“ (N. Poulantzas)³⁰ und einen „selektiven Korporatismus“ (J. Esser/J. Hirsch)³¹ hinauslaufen, immer deutlicher hervor. Eine Linke, die als „Einheitspartei“ nur noch als Transportkanal für staatliche Problemlösungen von oben nach unten fungieren oder die sich an einem nur noch die „Haves“ integrierenden, die „Have-nots“ ausschliessenden „ökonomisch-sozialen Regulierungskartell“³² beteiligen würde, verlöre jeden emanzipatorischen Impetus und damit ihre bisherige Identität. Um solche Entwicklungen abzuwehren, muss die Linke heute sowohl Forderungen an den Staat stellen wie auch staatliche Projekte bekämpfen. Zu fordern sind insbesondere: auch gesetzlich abgesicherte Arbeitszeitverkürzungen (welche die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in „Arbeitsplatzbesitzer“ und in Arbeitslose zu stoppen in der Lage sind); politische und gewerkschaftliche Rechte für Fremdarbeiter (welche der „Unterschichtung“ des Arbeitsmarktes mit Billiglohnarbeiter(innen) Einhalt gebieten können); ein gesetzlich garantierter Mindestlohn (welcher die Tendenz zu einer „selektiven Korporierung“ unterlaufen kann). Zu bekämpfen sind dagegen alle Neuerungen, die auf Beschneidung demokratischer Rechte („Verwesentlichung der Demokratie“ durch „Eindämmung der Initiativenflut“) und auf Stärkung generalpräventiver Sicherheitsdispositive (Ausweitung von Strafbeständen im Bereich sozialen Widerstandes; Kriminalistische Informationssysteme) abzielen.

29 B. Kappeler, Gesellschaftspolitische Grenzen der Privatisierung, in: Besser? Billiger? Bürgernäher? , Hrsg. M. Frenkel, Bern 1981, S. 52.

30 N. Poulantzas, a. a. O., S. 185 ff.

31 J. Hirsch, Der Sicherheitsstaat, Frankfurt/M. 1980; J. Esser, Gewerkschaften in der Krise, Frankfurt/M. 1982.

32 J. Hirsch, a. a. O., S. 34.

VIII.

Was steckt in der antitechnokratischen Grundorientierung, die momentan das soziale Konfliktklima so entscheidend prägt? Es gibt eine voreilige Antwort auf diese Frage, die lautet: Schon in jeder Modernisierungskrise waren antimodernistische Affekte zu konstatieren. Diese Antwort ist nicht falsch. Es stimmt tatsächlich, dass die kulturpessimistische Rationalisierungskritik in gesellschaftlichen Krisenlagen im Gleichlauf mit dämonischen Katastrophenvisionen ihre „Konjunkturphasen“ hatten. Und es ist leicht verständlich, wieso in der Arbeiterbewegung, die in der Rationalisierung der Lebensverhältnisse die Chance sah, drückenden materiellen Entbehrungen zu entfliehen, immer sofort der Abwehrreflex gegenüber diesen romantisch-irrationalen Moden spielte. Mit eloquenten Klagen über die „Verarmung der seelischen Welt“ hatte der Arbeiter und seine Familie nicht gegessen, damit liess sich keine Politik machen. Die Fronten waren früher klar: Fortschritt versus Reaktion.

Heute geht es um mehr und anderes. Das vielfältig artikulierte Unbehagen an den Auswüchsen der „Moderne“ ist in seinem Kern ein rationales Unternehmen – ein Paradox für die noch durch den Staub der Vergangenheit etwas sichtbehinderten Fortschrittsgläubigen. Es sind nicht jene, welche die „Entzauberung der Welt“ (Max Weber) durch die Rückkehr des Heiligen ungeschehen machen wollen, welche die Grundstimmung dominieren. Obwohl die zeitgenössische Suche nach neuen Sinninhalten und Orientierungen auch von in allen Regenbogenfarben schillernden Erlösungs- und Erweckungsbewegungen umrankt ist, stehen doch grundsätzlich unterschiedliche, immer mehr rivalisierende Formen von Rationalität zur Debatte³³. Die Ausbruchsversuche aus dem „Gehäuse der Hörigkeit“ (Max Weber), der Widerstand gegen die „Kolonialisierung der Lebenswelt durch die Systemimperative“ (J. Habermas) basiert weder auf antitechnischen Illusionen noch auf weltfremder Endzeitstimmung. Der alte „Fortschritt“ wird jedoch als Raubbau an der natürlichen Umwelt, aber auch an kontaktreichen Sozialbeziehungen, an auslebbaren Freiräumen, an individuellen Gestaltungsmöglichkeiten erfahren. Es lässt sich in den neuen sozialen Bewegungen, in der Aktivierung an der Basis, die Bestrebung erkennen, die unsere Welt prägende Kluft zwischen Informationsüberflutung und Erfahrungsarmut durch praktisches Engagement partiell zu überbrücken; man geht z. B. an eine Demonstration und vergleicht nachher die eigenen Eindrücke mit der Berichterstattung in den Medien. Im Anblick der betongewordenen Anmassungen eines

33 J. Habermas, a. a. O., untersucht in seiner breit angelegten Studie diese verschiedenen Formen von Rationalität und ihre widersprüchliche Entfaltung im gesellschaftlichen Modernisierungsprozess. Auf der Annahme, es handle sich bei den neuen Formen politischer Aktivierung um „rationale Reaktionen auf direkte Betroffenheit“ basiert auch die Untersuchung: Politische Aktivierung . . ., a. a. O., S. 607.

naturzerstörerischen industriellen Gigantismus können solche Aktivitäten auch maschinenstürmerische Züge annehmen. Aber die Angst vor dem neuen Maschinensturm ist eher ein Problem der Technokraten. Die technokratische Weltsicht zeichnet sich dadurch aus, dass sie die in den grossen wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Machtkomplexen eingebundenen, höchst partikularen Interessen unter permanenter Berufung auf ihre Wachstumsleistungen in Kategorien des „Gemeinwohls“ und der „allgemeinen Wohlfahrt“ übersetzt.

Die Gesellschaft kann dann schlussendlich nur noch als die Gesamtheit der für dieses Wachstum mobilisierbaren natürlichen und sozialen Ressourcen begriffen werden³⁴. Genau diese technokratische Verformung der Wahrnehmung vermag im neuen Eigensinn lebensweltlich verankerter Orientierungen nur die unheimliche, bedrohliche Manifestation eines neuen „Irrationalismus“ zu erkennen.

Demgegenüber muss heute auch die Linke auf der „rationalen Binnenstruktur verständigungsorientierten Handelns“ (J. Habermas) insistieren. Diese Form der Rationalität kann sich nicht in den Medien Tauschwert und politisch/administrative Macht entfalten, sie wird heute vielmehr durch die fortschreitende Durchkapitalisierung und einer an diese zurückgebundenen Durchstaatlichung der Gesellschaft ausgehöhlt. Die „Rekonstruktion des sozialen Lebens der Menschen“ (R. Dahrendorf)³⁵ ergibt sich jedoch nicht von selbst. Es ist notwendig, Strategien zu finden, die es erlauben, die existierenden Machtstrukturen und die Dynamik der grossen Systeme zu brechen. Die Linke wird innerhalb dieser Bestrebungen jene Richtung stärken, welche auf die Rationalität, die im monetären und politischen Kalkül steckt, nicht verzichten will. Um Wirtschaft und Staat jedoch an Ziele zurückzubinden, die beide nicht selbst zu setzen imstande sind, ist es nötig, sie grundlegend zu transformieren. Dabei ist von der Einsicht auszugehen, dass der Kapitalismus Ungleichheit und Abhängigkeiten nicht nur voraussetzt, sondern auch laufend reproduziert und dass diese Machtbeziehungen Ausdruck eines strukturellen Klassenantagonismus sind, der zwar nicht mehr das soziale Konfliktklima, nach wie vor jedoch die kapitalistische Verwertungslogik und die Akkumulationsdynamik bestimmt. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel vermittels Selbstverwaltung und Neutralisierung des Kapitals ist deshalb weiterhin das aktuelle Postulat. Demokratische Planungsmodelle, welche sowohl die Gefahr einer bürokratischen Verselbständigung als auch die

34 A. Touraine, *Die postindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1972, v. a., S. 53 ff.

35 R. Dahrendorf, „Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht“, *Bilanz* 12/1982, S. 36.

Antonomien der „positionalen Ökonomie“ (F. Hirsch)³⁶ zu überwinden in der Lage sind, setzen wiederum andere Konstruktionsprinzipien der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung voraus. N. Poulantzas hat die Problematik, die sich hier stellt, präzis umrissen wenn er schreibt: „Die Eliminierung der direkten Basisdemokratie führt zur Sozialdemokratisierung und die Eliminierung der repräsentativen Demokratie wird nicht zum Absterben des Staates und zum Triumph der direkten Demokratie führen, sondern über kurz oder lang zu einer autoritären Diktatur neuen Typs. In beiden Fällen wird schliesslich der Staat gewinnen.“³⁷ Wenn der Staat gewinnt, verliert die Linke. Die Forderung nach Selbstverwaltung in der Produktionssphäre ist deshalb mit jener nach einer „partizipativen Demokratie“ zu verbinden. In der Frage, die C. B. Macpherson in „The Life and Times of Liberal Democracy“ stellt, nämlich ob sich „ein gestuftes Rätesystem in irgendeiner Weise mit einem System konkurrierender Parteien kombinieren lässt“³⁸ scheint mir auch der Schlüssel zur Lösung dieses „Staatsproblems“, das heute eines der zentralen Probleme der Linken ist, zu liegen.

36 F. Hirsch, *Die sozialen Grenzen des Wachstums*, Reinbek/Hamburg 1980. Hirsch's Buch ist aus zwei Gründen von zentraler Bedeutung: 1. skizziert es ein Problem, welches die Linke, die in der Vergangenheit Chancengleichheit und Wohlfahrt über Wirtschaftswachstum zu erzielen hoffte, weitgehend übersehen hat. Vgl. z. B. Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat. Der Alva-Myrdal-Report der schwedischen Sozialdemokratie. Hrsg. W. Menningen, Reinbek/Hamburg 1971; 2. wirft Hirsch auch eine Prämisse marktwirtschaftlich-kapitalistischer Apologetik um, dass nämlich aus der Verbesserung der individuellen eine Verbesserung der Gesamtlage resultieren müsse. Nichtsdestotrotz wird in neueren Untersuchungen über das Wirtschaftswachstum die „analogy between a country and a person“ aufrechterhalten. (D. Usher, *The Measurement of Economic Growth*, Oxford 1980, S. 1). Ushers neues Buch „Die ökonomischen Grundlagen der Demokratie“, (Frankfurt/M. 1982) zeigt, wie solche fragwürdig gewordene Prämissen in problematische wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorschläge einmünden.

37 N. Poulantzas, a. a. O., S. 243.

38 C. B. Macpherson, *Nachruf auf die liberale Demokratie*, Frankfurt/M. 1983, S. 131.